PB.W-01-672

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Moritz Kraemer (KV Hochtaunus)

Änderungsantrag zu PB.W-01

Von Zeile 671 bis 675 löschen:
vorgehen. Die europäische Anzeigepflicht für Steuergestaltungen muss um eine Verpflichtung für rein nationale Gestaltungen ergänzt werden. ~~Zusätzlich zur bestehenden Steuerpflicht nach dem Wohnsitz wird eine Steuerpflicht auch nach der Nationalität eingeführt, um rein steuerlich motivierte Wohnsitzwechsel zu verhindern.~~ Wir werden regelmäßig die Steuerlücke schätzen lassen. Die Steuerverwaltung muss deutlich gestärkt werden. Um Vollzugsdefizite bei

Begründung

Es gibt nur zwei Staaten auf der Welt, die dieses System umsetzen: Eritrea und USA. Es gibt gute Gründe, weshalb dies kein anderer Staat umgesetzt hat. Dieses Vorgehen würde die fast 2 Mio gesetzes- und steuertreue Deutsche im Ausland mit erheblicher Bürokratie und Mehrbelastung konfrontieren. Da Deutschland ein relatives Hochsteuerland ist, werden diese Menschen, ganz überwiegend ehrliche und redliche Bürger*innen und ihre Familien darüber hinaus an verfügbarem Einkommen verlieren. Es erscheint weiterhin fraglich, ob eine Besteuerung nach Nationalität mit geltendem Binnenmarktrecht überhaupt in Einklang zu bringen ist.

weitere Antragsteller*innen

Fabian Dittrich (KV Groß-Gerau); Agnes Fuge (KV Frankfurt); Atilla Yücel (KV Frankfurt); Michael Jenkner (KV Dresden); Klaus Lengefeld (KV Frankfurt); Andreas Späth (KV Lahn-Dill); Phillip Krassnig (KV Kassel-Stadt); Harald König (KV Frankfurt); Werner Hillebrand (KV Wiesbaden); Max Höing (KV Frankfurt); Philipp Nimmermann (KV Frankfurt); Marius Jakobartl (KV Bergstraße); Gabriele Trah (KV Frankfurt); Daniel Reichert-Facilides (KV Frankfurt); Philip Rangel (KV Hamburg-Altona); Judith Bogner (KV Mühldorf); Lukas Hensel (KV Ortenau); Martin Wolf (KV Miesbach); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder)